



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
43. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.12.2025	
Sitzungsbeginn:	16:32 Uhr	
Sitzungsende:	20:01 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - CDU		
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender		
Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender		
Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender		
Sandra Odendahl - SPD		
Renate Prüß - SPD		
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion		
Frank Zahn - SPD		
Andreas Zander - CDU		Teilnahme bis TOP 15.5 (19:20 Uhr)
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)		
Tim Stüttgen - Volt (fraktionslos)		
Gregor Voht - Freie Wähler (fraktionslos)		
Stellvertreter:in		
Jochen Mauritz - CDU		Teilnahme als Zuschauer bis TOP 15.5 (19:20 Uhr) und als Vertretung für Herrn Andreas Zander ab TOP 15.5 (19:30 Uhr)

Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	Teilnahme im öffentlichen Teil sowie zu TOP 14.2 und 15.2
Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Teilnahme im öffentlichen Teil
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Ralf Kuszmierz - 2.020 FBC	Teilnahme im öffentlichen Teil
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	Teilnahme bis TOP 15.5
Christina Friedrich - 5.651 Gebäudemanagement	Teilnahme bis TOP 15.3
Ringo Pietzsch - 5.651 GMHL	Teilnahme bis TOP 5.9
Frank Graap - 5.651 GMHL	Teilnahme bis TOP 15.5
Eva Bischoff - Bereich Soziale Sicherung	
Ronja Lipkow - 2.500 Soziale Sicherung	
Birte Fröhlich - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Teilnahme bis TOP 4.4
Protokollführung	
Tim Landschof - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Kai Neumann - Gesamtpersonalrat Vorsitz	Teilnahme im öffentlichen Teil
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen	Teilnahme bis TOP 5.9

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.11.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Desk Sharing und Home Office	VO/2025/14753
3.2	AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035	VO/2025/14522
3.2.1	Antwort zur Anfrage des AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035	VO/2025/14522-01
3.3	AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants	VO/2024/12918
3.3.1	Beantwortung der Anfrage von AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants (VO/2024/12918)	VO/2024/12918-01
3.4	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Entwicklungspolitik	VO/2025/14771
3.5	NEU: Mündl. Anfrage des AM Simon: Mögliche Korrektur des Haushaltsdefizits für 2026	
3.6	NEU: Mündl. Anfrage des AM Simon: Verwendung des Sondervermögens in der HL	
3.7	NEU: Mündl. Anfrage des AM Lötsch: Mahnmal zur Erinnerung an die Weltkriege am Rathaus	
3.8	NEU: Mündl. Anfrage des AM Lötsch: Mühlentorbrücke	
3.9	NEU: Mündl. Anfrage des AM Fürter: Nicht versandte Grundsteuerbescheide in 2025	
3.10	NEU: Mündl. Anfrage des AM Fürter: Bericht zu den Zuständen im Bereich Soziale Sicherung	
3.11	NEU: Mündl. Anfrage des AM Zander: Mühlentorbrücke	
3.12	NEU: Mündl. Anfrage des AM Zander: Hubbrücke Zeitplan	

3.13	NEU: Mündl. Anfrage des AM Zander: Beantwortung von Anfragen	
3.14	NEU: Mündl. Anfrage des AM Stolzenberg: Wiederaufnahme des Verfahrens zum Brandanschlag in der Hafenstraße	
3.15	NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Antwort zur Anfrage zu den Softwarelizenzkosten der HL	
3.16	NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Antwort zur Anfrage zu Brückenzuständen in der HL	
3.17	NEU: Mündl. Anfrage des AM Lötsch: Akteneinsichtsverfahren	
3.18	NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Antwort zur Anfrage zu Städtepartnerschaften der HL	
3.19	NEU: Mündl. Anfrage des AM Simon: Alternative zur Sanierung der Mühlentorbrücke	
4	Berichte	
4.1	Bereich 5.660 -Stadtgrün und Verkehr - Sonderprüfung Mehrkosten Stadtgrabenbrücke aufgrund eines Prüfungsauftrages aus der Bürgerschaft	2025/14218-01-01
4.2	Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim	VO/2023/11920-02
4.3	3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025	VO/2025/14724
4.3.1	3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025 - aktualisierte Anlage 2 Stand 08.12.2025	VO/2025/14724-01
4.4	Masterplan Klimaschutz (MAKS) - 1. Monitoringbericht	VO/2025/14626
4.5	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14168
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Vereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und der Europäisches Hansemuseum gGmbH bezüglich Trägerschaft und Betrieb des Europäischen Hansemuseums	VO/2025/14484
5.2	Annahme einer Zuwendung der Ernst von Siemens Kunststiftung in Höhe von 270.000 Euro für die wissenschaftliche Erschließung der Sammlungen des St. Annen-Museums und der Kunsthalle St. Annen	VO/2025/14689
5.3	Teilnahme am Bundesförderprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" mit dem Projekt "Sport- und Bürgerpark Neuhof".	VO/2025/14728

5.4	Wohnungsmarktstrategie Lübeck	VO/2025/14628
5.5	Projektfreigabe "Neubau Grundschule mit Sporthalle und Kita am Geniner Ufer" Geniner Ufer 5-5a, 23560 Lübeck, über 175.000,- EUR	VO/2025/14673
5.5.1	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu: Projektfreigabe "Neubau Grundschule mit Sporthalle und Kita am Geniner Ufer" Geniner Ufer 5-5a, 23560 Lübeck, über 175.000,- EUR	VO/2025/14673-05
5.6	Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057
5.6.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057-04
5.7	Abschluss der planerischen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme "Nord-West" und Ausstieg aus der weiterführenden Teilnahme am Städtebauförderungsprogramm	VO/2025/14646
5.8	Erhaltungsstrategie Fahrbahnen	VO/2025/14616
5.9	NEU: Öffentliche Teilberatung: Dringlichkeitsvorlage: Abschluss eines Änderungsvertrags für die Bewachung und Bestreifung einiger bedarfsorientiert ausgewählter Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete Vorlage: VO/2025/14749	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Digitalisierung	
10	Verschiedenes	
11	Ende des öffentlichen Teils	
17	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:32 Uhr mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit (15 anwesende stimmberechtigte Mitglieder).

+++

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet seien, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheide im Zweifel der Ausschuss.

+++

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen würden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht worden seien:

TOP 3.1

AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Desk Sharing und Home Office

TOP 3.2 und 3.2.1

AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035 (VO/2025/14522)

Antwort zur Anfrage des AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035 (VO/2025/14522-01)

TOP 3.3 und 3.3.1

AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants (VO/2024/12918)

Beantwortung der Anfrage von AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants (VO/2024/12918) (VO/2024/12918-01)

TOP 3.4

Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Entwicklungspolitik (VO/2025/14771)

TOP 4.3.1

3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025 - aktualisierte Anlage 2 Stand 08.12.2025 (VO/2025/14724-01)

TOP 13.1

Beantwortung der mündlichen Anfrage des AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Sachstände zum Theaterrestaurant; i.V.m. VO/2024/12918-01 (VO/2024/12918-02)

TOP 15.5

Dringlichkeitsvorlage: Abschluss eines Änderungsvertrags für die Bewachung und Bestreifung einiger bedarfsorientiert ausgewählter Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete (VO/2025/14749)

+++

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Anmeldung des TOP 15.5 zur Tagesordnung nach dem Versand der Sitzungseinladung erfolgt sei, weshalb für die Beratung des TOP 15.5 in der heutigen Sitzung eine Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit gemäß §§ 34 Absatz 4 Satz 4 GO und 7 Absatz 4 GeschO erforderlich sei. Eine solche setze eine Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Zahl der Ausschussmitglieder voraus.

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 15.5.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Bitte an ihn herangetragen worden sei, die dringliche Angelegenheit unter TOP 15.5 sowohl im öffentlichen, als auch im nichtöffentlichen Teil zu beraten.

AM Zahn spricht sich gegen eine öffentliche Teilberatung aus und begründet dies.

Senatorin Steinrücke spricht sich für eine ausschließlich nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit aus und begründet dies. Sie macht den Vorschlag, über das Thema allgemein in einer der kommenden Sitzungen im öffentlichen Teil zu berichten.

AM Fürter bittet darum, für die Diskussion über die öffentliche bzw. nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit unter TOP 15.5 die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Der Vorsitzende schließt vor diesem Hintergrund zunächst den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird anschließend mit einer nichtöffentlichen Beratung zur o. g. Frage fortgesetzt.

Der Vorsitzende lässt die Öffentlichkeit wiederherstellen und setzt den öffentlichen Teil der Sitzung fort.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Aufteilung der Beratung in zwei Teile abstimmen (die Zuordnung des einen Beratungsteils zum nichtöffentlichen Teil erfolgt später):

9 Ja-Stimmen / 6 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Herr Ziemann spricht zur Interpretation des Abstimmungsergebnisses.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die aufgeteilte Beratung der Angelegenheit unter TOP 15.5.

+++

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung am 25.11.2025 folgende **Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil** gefasst habe:

- Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Beauftragung eines Bestatters für die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Ersatzvornahme erforderlichen Feuerbestattungen auszuschreiben.

- Der Bürgermeister wird ermächtigt die Leistungen für die Beförderung von Schüler:innen mit Behinderung zu den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck für vier Jahre mit der Option der Verlängerung um zwei Jahre nach Abschluss einer europaweiten Ausschreibung zu vergeben.
- Der Bürgermeister wird ermächtigt die Beförderungsleistungen zum Schwimm- und Sportunterricht sowie zur Jugendverkehrsschule für die 4. Klassen der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck für vier Jahre mit der Option der Verlängerung um zwei Jahre nach Abschluss einer europaweiten Ausschreibung zu vergeben.
- Es wird eine Rahmenvereinbarung zur Beratungsleistung von rechtlichen Fragestellungen geschlossen.
- Der Hauptausschuss gibt die Vergabe von Interimsmanagementleistungen für die Ermittlung und Strukturierung der notwendigen Detailstrukturen des neuen Eigenbetriebes frei, vorbehaltliche des positiven Beschlusses der Bürgerschaft über die Vorlage VO/2022/11476-01.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung am 25.11.2025 folgende **Empfehlungen für die Bürgerschaft im nichtöffentlichen Teil** beschlossen habe:

- Ein Grundstück in der Maria-Göppert-Str. wird verkauft.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Neuer Faulenhoop / Sturbusch mit den Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Bei den Tannen mit den Erbbauberechtigten zu.
- Der Verkauf von Grundstücken in der Schlutuper Straße wurde beschlossen.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Tilgenkrug mit den Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Maienweg mit den Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt dem Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Lüneburgstraße an die Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt dem Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Aurikelweg an die Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt dem Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Wurzelweg an die Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt dem Ankauf der landwirtschaftlichen Flächen in Krempelsdorf, Schönböcken und Badendorf zu.

Der Hauptausschuss und die Öffentlichkeit nehmen Kenntnis.

+++

Der Vorsitzende schlägt vor, die Beratung der folgenden Angelegenheiten aufgrund noch nicht erfolgter abschließender Beratungen in den Fachausschüssen zu vertagen:

TOP 4.2

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.2.***

AM Lötsch beantragt die Vertagung der Beratung der Angelegenheiten unter TOP 4.3 und 4.3.1 und begründet dies.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheiten unter TOP 4.3 und 4.3.1.***

Der Vorsitzende fährt fort:

TOP 4.4

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.4.***

TOP 4.5

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.5.***

TOP 5.4

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.4.***

TOP 5.6 und 5.6.1

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheiten unter TOP 5.6 und 5.6.1.***

TOP 5.7

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.7.***

TOP 5.8

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.8.

TOP 14.1

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 14.1.

TOP 15.4

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 15.4.

+++

Herr Böhm bittet darum, dass er als Vertreter des Beirates für Senior:innen an der voraussichtlich nichtöffentlichen Beratung der Angelegenheiten unter TOP 14.2 und 15.2 teilnehmen dürfe.

Der Vorsitzende lässt über die Teilnahme abstimmen:

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Teilnahme der vorgenannten Person.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Absatz 2 GO ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder über die nicht-öffentliche Behandlung von Angelegenheiten erforderlich sei. Er teilt mit, dass nunmehr noch die TOP 13.1, 14.2 sowie 15.1 bis 15.3 und ein Teil von 15.5 für die Beratung im nichtöffentlichen Teil vorgeschlagen worden seien.

AM Stolzenberg bittet um eine öffentliche Beratung der Angelegenheit unter TOP 15.3 und begründet dies.

Der Bürgermeister begründet die Notwendigkeit einer nichtöffentlichen Beratung.

AM Stolzenberg bittet darum, separat über die Zuordnung der Angelegenheit unter TOP 15.3 abzustimmen.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der Angelegenheit unter TOP 15.3 abstimmen:

14 Ja-Stimmen / 1 Nein-Stimme / 0 Enthaltungen

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit unter TOP 15.3.

Er lässt sodann en bloc über die Zuordnung der übrigen Angelegenheiten abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig

die nichtöffentliche Beratung der übrigen vorgeschlagenen Angelegenheiten.

+++

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß § 39 Absatz 3 GeschO über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden und ggf. anderer Personen am nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen sei. Es sei um die Teilnahme folgender Personen gebeten worden:

- **Oliver Groth**, Bereich Bürgermeisterkanzlei
- **Manfred Uhlig**, Bereich Haushalt und Steuerung
- **Dennis Bunk**, Bereich Gebäudemanagement
- **Christina Friedrich**, Bereich Gebäudemanagement
- **Ringo Pietzsch**, Bereich Gebäudemanagement
- **Frank Graap**, Bereich Gebäudemanagement
- **Eva Bischoff**, Bereich Soziale Sicherung
- **Ronja Lipkow**, Bereich Soziale Sicherung
- **Bruno Böhm**, Beirat für Senior:innen

Der Vorsitzende lässt über die Teilnahme abstimmen:

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Teilnahme der vorgenannten Personen.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
-------------	--------------------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.11.2025
---------------	---

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen.

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

zu 3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
-------------	--

zu 3.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Desk Sharing und Home Office Vorlage: VO/2025/14753
---------------	---

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.2 AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035
Vorlage: VO/2025/14522**

**zu 3.2.1 Antwort zur Anfrage des AM Christopher Lötsch (CDU): Beantwortung der Fragen nach den Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035
Vorlage: VO/2025/14522-01**

Es spricht AM Lötsch.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.3 AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants
Vorlage: VO/2024/12918**

**zu 3.3.1 Beantwortung der Anfrage von AM Mandy Siegenbrink BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Verzögerungen bei der Neueröffnung des Theaterrestaurants (VO/2024/12918)
Vorlage: VO/2024/12918-01**

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.4 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Entwicklungspolitik
Vorlage: VO/2025/14771**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.5 NEU: Mündl. Anfrage des AM Simon: Mögliche Korrektur des Haushaltsdefizits für 2026

AM Simon spricht das voraussichtliche Haushaltsdefizit von 153,7 Millionen EUR im Jahr 2026 an und möchte wissen, ob dieses Defizit bereits die sog. Buchgewinne aus Erbbau-rechtsverkäufen beinhalte und ob eine Korrektur ggf. an die Kommunalaufsicht kommuniziert werde.

Herr Uhlig teilt dazu mit, dass aktuell an der finalen Berechnung des Haushaltsdefizits gearbeitet werde. Die exakten Summen der Buchgewinne und einzelner anderer Posten lägen

noch nicht vor. Er rechne damit, dass die Zahlen in der kommenden Woche vorliegen werden und so würden sie dann auch der Kommunalaufsicht gemeldet werden. Erst im Anschluss kenne man das endgültige Plandefizit der HL für 2026.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.6 NEU: Mündl. Anfrage des AM Simon: Verwendung des Sondervermögens in der HL

AM Simon berichtet von den knapp 187 Millionen EUR aus dem Sondervermögen, die für die HL abrufbar sein werden. Er möchte wissen, wie der Bürgermeister das Geld zu verteilen beabsichtigt und ob der Politik eine entsprechende Entscheidungsvorlage entgegengebracht werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zunächst die Genehmigung des Haushalts abgewartet werden müsse, um zu sehen, wie die Kommunalaufsicht die zusätzlichen Finanzmittel des Bundes für die Kommunen bei der Genehmigung der kommunalen Kreditmittel berücksichtige. Er im Anschluss könne man sinnvoll über die Verteilung nachdenken. Der Bürgerschaft werde eine entsprechende Entscheidungsvorlage zur Mittelverwendung entgegengebracht.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.7 NEU: Mündl. Anfrage des AM Lötsch: Mahnmal zur Erinnerung an die Weltkriege am Rathaus

AM Lötsch möchte wissen, ob und wann das o. g. Mahnmal wieder angebracht werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass das Mahnmal saniert und anschließend wieder angebracht werde.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.8 NEU: Mündl. Anfrage des AM Lötsch: Mühlentorbrücke

AM Lötsch stellt drei Fragen im Zusammenhang mit der Mühlentorbrücke:

- (1) Was tut die Verwaltung, um die Planung der Sanierung der Mühlentorbrücke zu beschleunigen?
- (2) Hat ICOMOS der Planung für die Sanierung bereits zugestimmt?
- (3) Ist die Rehderbrücke für die kommenden fünf Jahre ausreichend vorbereitet?

Senatorin Hagen teilt mit, dass die Verwaltung alles tue, um die Planung der Brückensanierung zu beschleunigen. Es würden ggf. einige Arbeiten (z. B. Verlegung von Leitungen) vorgezogen, um das Verfahren insgesamt zu beschleunigen. Darüber hinaus habe man die Bauprojekte Mühlentorbrücke und Beckergrube vor dem Hintergrund der Vereinfachung und der sachgerechten ÖPNV-Führung durch die Innenstadt voneinander getrennt. Sie könne zum aktuellen Zeitpunkt nicht sagen, ob der Planung bereits zugestimmt worden sei. Sie

sagt zu, dies nachzureichen. Zur Rehderbrücke teilt sie mit, dass diese auf die Herausforderungen der kommenden Jahre nach aktuellem Kenntnisstand ausreichend vorbereitet worden sei. Die Prüfintervalle der Rehderbrücke müsse sie nachreichen.

AM Lötsch bittet um die schriftliche Beantwortung seiner Fragen. Dabei solle auch auf die Zusammenhänge zwischen den Bauprojekten Mühlentorbrücke und Beckergrube eingegangen werden.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.9 NEU: Mündl. Anfrage des AM Fürter: Nicht versandte Grundsteuerbescheide in 2025

AM Fürter möchte wissen, weshalb in 2025 nicht allen Grundstückseigentümer:innen ein Grundsteuerbescheid zugestellt werden konnte. Er möchte außerdem wissen, wie viele Personen davon betroffen seien und ob das Jahr 2025 für diese Personen de facto ein grundsteuerfreies Jahr sein werde oder ob die Steuer rückwirkend eingefordert werden könne.

Herr Uhlig erläutert, dass etwa 10.000 Bescheide noch nicht versendet werden konnten. Dies hänge damit zusammen, dass man zugleich eine Dateninventur durchführe. Die Grundsteuer könne auch noch rückwirkend für 2025 erhoben werden, sodass hier keine Probleme zu erwarten seien.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.10 NEU: Mündl. Anfrage des AM Fürter: Bericht zu den Zuständen im Bereich Soziale Sicherung

AM Fürter berichtet aus der Hauptausschusssitzung vom 11.11.2025, in der Senatorin Steinrücke einen Bericht zu den Zuständen im Bereich Soziale Sicherung zugesagt hätte. Er möchte wissen, wann mit diesem Bericht zu rechnen sei.

Senatorin Steinrücke teilt mit, dass sie vor dem Hintergrund der aktuell laufenden Neuaufstellung der Bereichsspitze hoffe, dass der Bericht im Februar 2026 vorgelegt werden könne.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.11 NEU: Mündl. Anfrage des AM Zander: Mühlentorbrücke

AM Zander fragt im Kontext der Anfrage von AM Lötsch unter TOP 3.8 danach, weshalb mit der Sanierung der Mühlentorbrücke nicht sofort begonnen werde, zumal sie in Anbetracht der nunmehr vorliegenden Vollsperrung nicht mehr als Verkehrsweg für den ÖPNV zur Verfügung stehe.

Senatorin Hagen teilt mit, dass die Planungen für die Sanierung noch andauerten. Man benötige die Zeit bis Ende 2026, um sie abzuschließen. Hierdurch erkläre sich der zeitliche Vorlauf.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.12 NEU: Mündl. Anfrage des AM Zander: Hubbrücke Zeitplan

AM Zander fragt nach dem Zeitplan für die Wiedereröffnung der Hubbrücke.

Senatorin Hagen führt aus, dass man grundsätzlich mit einer Wiedereröffnung in den Jahren 2028 / 2029 gerechnet habe. Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt plane jedoch mit dem Jahr 2030. Die HL setze sich weiterhin für eine möglichst zeitnahe Wiedereröffnung ein und halte den bereits erzeugten Druck auf den Bund insofern weiter hoch.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.13 NEU: Mündl. Anfrage des AM Zander: Beantwortung von Anfragen

AM Zander fragt in Anlehnung an die Niederschrift der letzten Sitzung danach, was der Begriff „zeitnah“ im Kontext der Beantwortung von Anfragen konkret bedeute. Er möchte außerdem wissen, wie der Stand bzgl. der Brücke Morier Hof aussehe. Er habe dazu in der letzten Sitzung Anmerkungen getätigt.

Senatorin Hagen teilt mit, dass sie die Anmerkungen leider nicht weitergegeben habe, dies jedoch nachholen werde.

Der Bürgermeister führt aus, dass die von AM Zander in der letzten Sitzung erneut erbetenen Antworten zu seinen Anfragen in jedem Fall vor Januar 2027 vorgelegt würden.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.14 NEU: Mündl. Anfrage des AM Stolzenberg: Wiederaufnahme des Verfahrens zum Brandanschlag in der Hafenstraße

AM Stolzenberg möchte wissen, ob es seitens der HL Bemühungen zur Wiederaufnahme des einschlägigen Verfahrens gegeben habe.

Der Bürgermeister erläutert, dass man im Kontakt mit dem Justizministerium gestanden habe, das jedoch keine Ansätze für eine Wiederaufnahme gesehen habe. Er habe darüber hinaus angeregt, den Brandanschlag mittels eines Landtagsausschusses politisch aufzuarbeiten. Dieser Vorschlag sei seitens des Landes jedoch nicht weiterverfolgt worden.

AM Stolzenberg regt an, erneut das Gespräch mit der Justizministerin zu suchen, um evtl. doch eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.15 NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Antwort zur Anfrage zu den Softwarelizenzkosten der HL

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, wann er mit der Vorlage der Antwort zu seiner Anfrage zu den Softwarelizenzkosten von vor einigen Monaten rechnen könne.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Beantwortung in Anbetracht der enormen Anzahl an eingereichten Fragen noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Er bittet noch einmal eindringlich darum, Anfragen an die Verwaltung in schriftlicher Form einzureichen. Vor dem Hintergrund des Anfrageaufkommens werde die Erstellung von Antworten zwangsweise nicht schneller gehen können. Er bittet abschließend darum, Anfragen nicht mehrfach in verschiedenen Gremien einzureichen.

Es sprechen erneut AM Dr. Flasbarth und der Bürgermeister sowie AM Lötsch.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.16 NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Antwort zur Anfrage zu Brückenzuständen in der HL

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, wann er mit der Vorlage der Antwort zu seiner Anfrage zu den Brückenzuständen rechnen könne.

Der Bürgermeister teilt mit, dass auf der städtischen Website regelmäßig über die Zustände der Lübecker Brücken berichtet werde. Dort könne man auch weitergehende Informationen zu den Brückenbauwerken abrufen. Die Antwort auf die gestellte Anfrage werde vorgelegt, sobald die Erarbeitung personaltechnisch zu realisieren sei.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.17 NEU: Mündl. Anfrage des AM Lötsch: Akteneinsichtsverfahren

AM Lötsch möchte vor dem Hintergrund von Problemen bei der Akteneinsicht beim GMHL wissen, welche Vorschriften der Aktenführung bei der HL zugrunde liegen und wie der Politik eine Akteneinsicht möglich sein solle, wenn ein Großteil der Vorgangskommunikation via E-Mail stattfinde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Aktenordnung der HL die städtische Aktenführung reguliere. Alle relevanten Kommunikationsinhalte, Abstimmungsdokumentationen und Entscheidungsgrundlagen seien in die Akte aufzunehmen. Elektronische Kommunikationsvorgänge seien bei Relevanz auszudrucken und der Akte beizufügen.

AM Lötsch bittet darum, ihm die Aktenordnung der HL zur Verfügung zu stellen.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.18 NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Antwort zur Anfrage zu Städtepartnerschaften der HL

AM Siegenbrink möchte wissen, wann sie mit der Antwort zur o. g. Anfrage rechnen könne.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er auf spontanen Zuruf keine konkreten Auskünfte erteilen könne. Es gelte weiterhin, dass an der Erstellung von Antworten gearbeitet werde. Sobald die einschlägige Antwort fertiggestellt sei, werde sie dem Hauptausschuss vorgelegt.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.19 NEU: Mündl. Anfrage des AM Simon: Alternative zur Sanierung der Mühlentorbrücke

AM Simon möchte wissen, ob mit dem heutigen Kenntnisstand bzgl. des baulichen Zustandes der Brücke eine Aufhebung des Denkmalschutzes und anschließender Neubau der Mühlentorbrücke unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll wäre.

Der Bürgermeister erklärt, dass man dies erst prüfen müsste. Er weist darauf hin, dass man dann jedoch eine ganz neue Brücke planen müsste, was erhebliche zeitliche Verzögerungen bedeuten und Mehrkosten mit sich bringen würde.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Bereich 5.660 -Stadtgrün und Verkehr - Sonderprüfung Mehrkosten Stadtgrabenbrücke aufgrund eines Prüfungsauftrages aus der Bürgerschaft
Vorlage: 2025/14218-01-01**

Es sprechen teils mehrfach AM Lötsch, Senatorin Hagen, AM Zahn und AM Dr. Flasbarth.

Senatorin Hagen sagt zu, im Nachgang zu prüfen, ob es eine Deckelung der Fördermittel gegeben habe.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.2 Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim
Vorlage: VO/2023/11920-02**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 4.3 3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025
Vorlage: VO/2025/14724**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.3.1 3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025 - aktualisierte Anlage 2 Stand 08.12.2025
Vorlage: VO/2025/14724-01

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.4 Masterplan Klimaschutz (MAKS) - 1. Monitoringbericht
Vorlage: VO/2025/14626

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

Nachtrag zur Niederschrift:

AM Fürter hatte im Hauptausschuss am 11.11.2025 zu TOP 4.2 die folgenden Fragen gestellt: Wird es in potenziellen Fernwärmeausbaugebieten lebenden Bürgerinnen und Bürgern vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und rechtlichen Regulierungsdebatten ggf. für eine Übergangszeit erlaubt sein, ihre alten Heizanlagen durch neue Gasthermen zu ersetzen? Gilt in diesen Fällen die gesetzliche Vorgabe von mindestens 65 Prozent an erneuerbaren Energien beim Einbau von neuen Heizanlagen nicht? Welche Alternativen haben die betroffenen Bürgerinnen und Bürger?

Wie von Senator Hinsen angekündigt, wurden die Fragen im USO am beantwortet.

Auszug aus der Niederschrift des USO vom 18.11.2025 (TOP 3.2.1):

„Senator Hinsen führt in das Thema „Wärmewende“ ein.

Er habe am Klima- und Umweltausschuss in Duisburg teilgenommen.

Im Ausschuss sei unter anderem die politische Diskussion in Berlin, ausgehend vom Koalitionsvertrag, derzeit mit grundlegenden Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), besprochen worden. Diese könnten unter Umständen erhebliche Auswirkungen auf unsere kommunale Wärmeplanung haben, bis hin zur Frage, ob diese komplett umgedacht werden müsse. So sei beabsichtigt, dass anstatt 65 % aus erneuerbaren Energien 65 % CO2 Einsparungen als Messstab dienen sollen. Die Konsequenzen seien aktuell noch nicht absehbar. Voraussichtlich wird die Große Koalition (GroKo) sich diesbezüglich bis Ende 2025 einigen.

Frau Obel werde in diesem Zusammenhang über die Ist-Situation der Wärmeplanung berichten.

Frau Obel berichtet, wie die aktuellen Regelungen der Wärmeplanung bisher umgesetzt seien und welche Auswirkungen die beabsichtigten Regelungen ab dem 01.07.2026 voraussichtlich auf den Verbraucher zukommen könnten. Frau Obel betont, dass auch verschiedene Sonder- und Übergangsregeln vorhanden seien. Härtefallregelungen könnten auch beantragt werden. Aufgrund des umfangreichen Regelwerk empfehle Frau Obel die Beratungsangebote zu nutzen. Bezüglich der Wahlmöglichkeiten habe das Umweltbundesamt ein Diagramm veröffentlicht. Der Link zu diesem Diagramm wird der Niederschrift beigefügt.

[...].“

**zu 4.5 Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement
Vorlage: VO/2025/14168**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Vereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und der Europäisches Hanse-
museum gGmbH bezüglich Trägerschaft und Betrieb des Europäischen Hanse-
semuseums
Vorlage: VO/2025/14484**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, gegenüber der Possehl-Stiftung und der Europäischen Hansemuseum Lübeck gGmbH zu erklären, dass die Hansestadt Lübeck das Angebot der Possehl-Stiftung annimmt, dass diese auch die nächsten 15 Jahre den Betrieb des Europäischen Hansemuseums finanziert und im Gegenzug alleinige Gesellschafterin bleibt. Die Hansestadt Lübeck und die Kulturstiftung Hansestadt Lübeck verzichten für diesen Zeitraum (d.i. bis zum Ablauf des Jahres 2040) darauf, dass ihnen auf gesellschaftsrechtlicher Ebene Mitgestaltungsrechte eingeräumt werden.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der Possehl-Stiftung die im Nießbrauchvertrag vom 27.01./13.03.2012 unabhängig von einer Beteiligung an der Europäischen Hansemuseum Lübeck gGmbH vorgesehenen Grundlagen zur Zusammenarbeit neu abzustimmen und in einer schriftlichen Kooperationsvereinbarung konkret und verbindlich zu regeln.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.***

**zu 5.2 Annahme einer Zuwendung der Ernst von Siemens Kunststiftung in Höhe von
270.000 Euro für die wissenschaftliche Erschließung der Sammlungen des St.**

Annen-Museums und der Kunsthalle St. Annen
Vorlage: VO/2025/14689

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Die von der Ernst von Siemens Kunststiftung angebotene Zuwendung in Höhe von 270.000 Euro für die wissenschaftliche Erschließung der Sammlungen des St. Annen-Museums und der Kunsthalle St. Annen wird angenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

**zu 5.3 Teilnahme am Bundesförderprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" mit dem Projekt "Sport- und Bürgerpark Neuhof".
Vorlage: VO/2025/14728**

Es sprechen der Bürgermeister und AM Dr. Flasbarth.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, am Interessenbekundungsverfahren des Bundesförderprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ mit dem Projekt „Sport- und Bürgerpark Neuhof“ teilzunehmen.
2. Die Abgabe der Interessensbekundung gemäß Beschlussvorschlag 1 wird der Bürgerschaft in der nächsten Sitzung zur beschlussfassenden Bestätigung vorgelegt.
3. Im Falle einer positiven Berücksichtigung des Projektes ist dem Fördermittelgeber im Rahmen des formalen Antragsverfahrens im Frühjahr 2026 ein Beschluss der Bürgerschaft zur Gesamtfinanzierung einschließlich der Finanzierung des Eigenanteils vorzulegen.
4. Der Bürgermeister wird hierbei die haushaltsmäßige Ordnung darstellen, und Drittmittel zur Sicherstellung des Eigenanteils einwerben. Sollte die finanzielle Sicherstellung des Eigenanteils nicht gelingen, ist die Interessensbekundung zurückzuziehen.

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

**zu 5.4 Wohnungsmarktstrategie Lübeck
Vorlage: VO/2025/14628**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.5 Projektfreigabe "Neubau Grundschule mit Sporthalle und Kita am Geniner Ufer"
Geniner Ufer 5-5a, 23560 Lübeck, über 175.000,- EUR
Vorlage: VO/2025/14673**

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit der Angelegenheit unter TOP 5.5.1.

Es sprechen AM Fürter, Senatorin Frank und AM Schulte-Ostermann, die erklärt, dass sie bereits Antworten zu den Fragen ihrer Anfrage VO/2025/14673-05 unter TOP 5.5.1 erhalten habe. Sie bittet darum, die Antworten in ALLRIS zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Projektfreigabe für den Neubau „Grundschule mit Sporthalle und KiTa am Geniner Ufer“ auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau zu erteilen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

**zu 5.5.1 AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu: Projektfreigabe "Neubau Grundschule mit Sporthalle und Kita am Geniner Ufer"
Geniner Ufer 5-5a, 23560 Lübeck, über 175.000,- EUR
Vorlage: VO/2025/14673-05**

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit der Angelegenheit unter TOP 5.5 (siehe Niederschrift zu TOP 5.5).

***Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.
Die Beantwortung ist bereits im Vorwege erfolgt.***

**zu 5.6 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.6.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057-04**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.7 Abschluss der planerischen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme "Nord-West" und Ausstieg aus der weiterführenden Teilnahme am Städtebauförderungsprogramm
Vorlage: VO/2025/14646**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.8 Erhaltungsstrategie Fahrbahnen
Vorlage: VO/2025/14616**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.9 NEU: Öffentliche Teilberatung: Dringlichkeitsvorlage: Abschluss eines Änderungsvertrags für die Bewachung und Bestreifung einiger bedarfsorientiert ausgewählter Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete
Vorlage: VO/2025/14749**

Es sprechen zunächst teils mehrfach Senatorin Steinrücke, AM Fürter, AM Akyurt, AM Dr. Flasbarth, der Bürgermeister, AM Zahn, AM Prüß, AM Zander und AM Schulte-Ostermann, die zur Geschäftsordnung die Schließung der Redeliste beantragt, auf der sich laut dem Vorsitzenden einzig noch AM Fürter befinde.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Schließung der Redeliste.

Es spricht sodann AM Fürter.

AM Groß beantragt zur Geschäftsordnung, die Sitzung für die Dauer von 10 Minuten zu unterbrechen.

AM Lötsch teilt mit, dass die CDU ebenfalls eine Unterbrechung wünsche, jedoch erst nach der restlichen Debatte und vor der eigentlichen Entscheidung im nichtöffentlichen Teil.

AM Groß zieht seinen Antrag daraufhin zurück.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Digitalisierung

Es liegt nichts vor.

zu 10 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 11 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:12 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:13 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 17 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Sitzungsteil verschiedene Angelegenheiten beraten worden seien. Die gefassten Beschlüsse und Empfehlungen würden zu Beginn der kommenden Sitzung bekanntgegeben.

Der Vorsitzende bedankt sich, wünscht allen Anwesenden schöne Weihnachtstage, einen guten Rutsch in das neue Jahr und schließt um 20:01 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 9. Februar 2026

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Tim Landschof
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
44. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.01.2026	
Sitzungsbeginn:	16:33 Uhr	
Sitzungsende:	17:52 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU	Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD	Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender	
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Fraktionsvorsitzender	
Thorsten Fürter - FDP	Fraktionsvorsitzender	
Dirk Groß - AfD	Fraktionsvorsitzender	
Sandra Odendahl - SPD		
Renate Prüß - SPD		
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Fraktionsvorsitzende	
Bernhard Simon - CDU		
Frank Zahn - SPD		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL	(fraktionslos)	
Tim Stüttgen - Volt	(fraktionslos)	
Gregor Voht - Freie Wähler	(fraktionslos)	
Stellvertreter:in		
André Kleyer - Die Fraktion	Fraktionsvorsitzender	
		Vertretung für: Herrn Detlev Stolzenberg
Jochen Mauritz - CDU		
		Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
		Teilnahme anstelle des zurückgetretenen Ausschussmitgliedes: Frau Judith Balke
Beiratsmitglieder		

Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	
Mandy Schellbach - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Ralf Kusmierz - 2.020 FBC	
Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling	
Markus Toll - 5.060 FBC	Auch im nichtöffentlichen Teil bis TOP 15.2 anwesend
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	
Matthias Schröder - SeniorInnen-Einrichtungen	
Andy Fröhler - 4.525 Lübecker Schwimmbäder	
Protokollführung	
Tim Landschof - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Kai Neumann - Gesamtpersonalrat Vorsitz	
Dr. Ralph Bruns - KWL	Im nichtöffentlichen Teil zu TOP 15.2 anwesend
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion	entschuldigt
Andreas Zander - CDU	entschuldigt
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Bürokratie der Energiewende in Lübeck	VO/2025/14215
3.1.1	Antwort zur Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Bürokratie der Energiewende in Lübeck	VO/2025/14215-01
3.2	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen	VO/2025/14661
3.2.1	Antwort auf Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen	VO/2025/14661-01
3.3	AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern	VO/2025/14518
3.3.1	Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern	VO/2025/14518-01
3.4	Antwort auf Anfrage AM Dr. Flasbarth: Management der Gasnetzstilllegung in Lübeck	VO/2025/14764
3.5	Antwort auf ergänzende Anfrage von AM Fürter: Biomethan-Nutzung in Gasnetzen	VO/2025/14766
3.6	Antwort auf mündl. Anfrage des AM Andreas Zander (CDU) zum Sachstand der Ausschreibung für Stadtmöblierung	VO/2025/14675
3.7	AM Andreas Zander (CDU): Ahndung von Verstößen im Passwesen	VO/2026/14803
3.8	Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereichs Soziale Sicherung	VO/2025/14792
3.9	Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Rentabilität und Auslastung Parkhaus Godewindpark	VO/2026/14848
3.10	Tim Stüttgen: Nutzung des Corporate Designs der Stadt	VO/2026/14851
3.11	Tim Stüttgen: Brandschutz Ratskeller	VO/2026/14852
3.12	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Rathausempfän-	VO/2026/14850

	gen	
3.13	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Lötsch: Termin der Fertigstellung der aktuellen Sanierungsarbeiten im Rathaus	
3.14	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Verwaltungsinterne Zuständigkeiten in Sachen Wohnraumschutzgesetz	
3.15	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Kollision von Terminen der Treffen der Fraktionsvorsitzenden und Terminen der Fraktionssitzungen der Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
3.16	NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Sachstände zu den mit dem Haushalt 2026 beschlossenen Arbeitsgruppen	
4	Berichte	
4.1	3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025	VO/2025/14724
4.1.1	3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025 - aktualisierte Anlage 2 Stand 08.12.2025	VO/2025/14724-01
4.2	Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse 2026	VO/2026/14808
4.3	Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim	VO/2023/11920-02
4.4	Masterplan Klimaschutz (MAKS) - 1. Monitoringbericht	VO/2025/14626
4.5	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14168
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Bestellung eines Rechnungsprüfers	VO/2025/14735
5.2	Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der öffentlichen Aufgaben der Wasserversorgung (nebst Löschwasserversorgung) für den Lübecker Ortsteil Krummesse von der Hansestadt Lübeck auf die Gemeinde Krummesse	VO/2025/14635
5.3	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung Lübeck zur Förderung des HanseKulturFestival 2026 (05. - 07.06.2026) i. H. von 450.000,00 €	VO/2025/14708
5.4	Teilnahme am Bundesförderprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" mit dem Projekt "Sport- und Bürgerpark Neuhof".	VO/2025/14728-01
5.5	Erneute Austauschvorlage VO/2026/14820 zur Austauschvorlage VO/2025/14778 zu VO/2025/14534 Wirtschaftsplan 2026 für die Lübecker Schwimmbäder	VO/2026/14820

5.6	Preistarif I für die Lübecker Schwimmbäder ab 01.03.2026	VO/2025/14775
5.6.1	AM Juleka Schulte-Ostermann: Fehlende Kinder- und Jugendbeteiligung bei Gestaltung Preistarif für die Lübecker Schwimmbäder VO/2026/14775	VO/2026/14834
5.7	Preistarif II für die Lübecker Schwimmbäder ab 01.03.2026	VO/2026/14800
5.8	Freigabe zur Besetzung von Stellen für Heilpädagog:innen und Assisten:innen im Bereich Städtische Kindertageseinrichtungen	VO/2025/14769
5.9	Freigabe zur Besetzung von zwei neuen Stellen (VZÄ) in der Schulsozialarbeit gemäß Haushaltbegleitbeschlusses 2025/14306-01-01	VO/2025/14774
5.10	Freigabe zur Besetzung einer Perspektivfachkraft bei den städtischen Kindertageseinrichtungen	VO/2025/14777
5.11	Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057
5.11.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025	VO/2025/14057-04
5.12	Erhaltungsstrategie Fahrbahnen	VO/2025/14616
5.13	Abschluss der planerischen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme "Nord-West" und Ausstieg aus der weiterführenden Teilnahme am Städtebauförderungsprogramm	VO/2025/14646
5.14	Wohnungsmarktstrategie Lübeck	VO/2025/14628
5.15	Bebauungsplan 32.26.00 - Helldahl/Leegerwall - Satzungsbeschluss	VO/2025/14752
5.16	Austauschvorlage zu "Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Bauturbo)" unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Bauausschusses und des Umweltausschusses.	VO/2025/14760-01
5.17	Projektfreigabe Grundüberholung Kinderspielplatz Schenkendorfstraße	VO/2025/14772
5.18	Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel/Holstentorplatz - Satzungsbeschluss	VO/2025/14331
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01

6.2	AfD: Antrag zur Nutzung von gendergerechter Sprache durch die Stadtverwaltung Lübeck	VO/2025/14720
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AT: AM Christopher Lötsch (CDU), AM Dr. Axel Flasbarth (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Thorsten Fürter (FDP): Erreichung der Lübecker Klimaziele	VO/2026/14810-01
8	Gleichstellung	
9	Digitalisierung	
10	Verschiedenes	
11	Ende des öffentlichen Teils	
17	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:33 Uhr. Es sind 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

+++

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet seien, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheide im Zweifel der Ausschuss.

+++

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen würden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht worden seien:

NEU TOP 3.9

Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Rentabilität und Auslastung Parkhaus Godewindpark (VO/2026/14848)

NEU TOP 3.10

Tim Stüttgen: Nutzung des Corporate Designs der Stadt (VO/2026/14851)

NEU TOP 3.11

Tim Stüttgen: Brandschutz Ratskeller (VO/2026/14852)

NEU TOP 3.12

Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Rathausempfängen (VO/2026/14850)

NEU TOP 5.6.1

AM Juleka Schulte-Ostermann: Fehlende Kinder- und Jugendbeteiligung bei Gestaltung Preistarif für die Lübecker Schwimmbäder VO/2026/14775 (VO/2026/14834)

NEU TOP 5.16

Austauschvorlage zu "Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Baturbo)" unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Bauausschusses und des Umweltausschusses. (VO/2025/14760-01)

+++

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung am 09.12.2025 folgende **Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil** gefasst habe:

- Der Bürgermeister wird beauftragt, die Maßnahme „Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Umbau Anleger 5a“ umzusetzen.

- Erteilung der Projektfreigabe für die Baumaßnahme „Königstraße 54“ (Bildungshaus "Mixed-Use-Konzept Haus B“, ehem. Karstadt-Sport-Gebäude)
- Der Bürgermeister wird beauftragt den Mietvertrag für die städtische Kindertageseinrichtung Am Behnckenhof 60a, ab dem 01.02.2027 für die Laufzeit von 25 Jahren mit der Verlängerungsoption von stets 5 weiteren Jahren abzuschließen.
- Der Bürgermeister wird ermächtigt, einen Änderungsvertrag über die Bewachung und/oder Bestreifung von Gemeinschaftsunterkünften von Asylsuchenden in der Hansestadt Lübeck abzuschließen. Das bestehende Vertragsverhältnis wird über den 30.11.2025 hinaus zunächst bis zum 31.01.2026 verlängert. In Abhängigkeit von dem Ergebnis einer rechtlichen Prüfung ist nach einer erneuten Beschlussfassung eine Verlängerung längstens bis zum 31.05.2026 zulässig.

Der Hauptausschuss und die Öffentlichkeit nehmen Kenntnis.

+++

Der Vorsitzende schlägt vor, die Beratung der folgenden Angelegenheiten in der heutigen Sitzung zu vertagen und begründet dies jeweils:

TOP 2.1

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 3.3 und 3.3.1

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 3.6

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 3.7

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.2

Hierzu spricht AM Dr. Flasbarth.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.3

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.5

Der Vorsitzende führt hierzu aus, dass die Angelegenheit nicht erneut auf die Tagesordnung gelangen solle, bis die CDU die Möglichkeit einer Akteneinsicht beim GMHL erhalten habe.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 5.12

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 5.14

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 5.17

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 5.18

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 6.1

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 12.1

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 14.1

Hierzu sprechen AM Zahn und stellv. AM Mauritz.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

+++

Zu der Angelegenheit unter TOP 6.2 wirft der Vorsitzende die Frage auf, ob der Hauptausschuss überhaupt zuständig sei.

Herr Ziemann führt aus, dass die politischen Gremien keine Zuständigkeit besäßen, weil die Gestaltung des behördlichen Schriftverkehrs unzweifelhaft unter die Organisationshoheit des Bürgermeisters nach § 65 Absatz 1 GO falle. Insofern könnten die Gremien in dieser Frage keine für den Bürgermeister verbindlichen Vorgaben machen. Die Bürgerschaft könne sich allenfalls unverbindlich zu einer derartigen Thematik positionieren.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich der Hauptausschuss in Bezug auf die Angelegenheit unter TOP 6.2 für unzuständig erklären möge.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen:

14 Ja-Stimmen / 1 Nein-Stimme / 0 Enthaltungen

***Der Hauptausschuss erklärt sich bzgl.
der Angelegenheit unter TOP 6.2 für unzuständig.***

+++

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß § 39 Absatz 3 GeschO über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden und ggf. anderer Personen am nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen sei. Es sei um die Teilnahme folgender Personen gebeten worden:

- **Oliver Groth**, Bereich Bürgermeisterkanzlei
- **Janika Köhler**, Persönliche Referentin des Bürgermeisters

- **Manfred Uhlig**, Bereich Haushalt und Steuerung
- **Ronja Lipkow**, Bereich Soziale Sicherung
- **Markus Toll**, Fachbereichsdienste des Fachbereichs 5
- **Dirk Gerdes**, KWL
- **Dr. Ralph Bruns**, KWL
- **Volker Salomon**, KWL

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2025

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Bürokratie der Energiewende in Lübeck Vorlage: VO/2025/14215

zu 3.1.1 Antwort zur Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Bürokratie der Energiewende in Lübeck Vorlage: VO/2025/14215-01
--

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.2 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen Vorlage: VO/2025/14661
--

zu 3.2.1 Antwort auf Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen Vorlage: VO/2025/14661-01

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.3 AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern
Vorlage: VO/2025/14518

zu 3.3.1 Antwort auf die Anfrage von AM Andreas Zander (CDU): Wachdienst zum Schutz von Verwaltungsmitarbeitern
Vorlage: VO/2025/14518-01

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3.4 Antwort auf Anfrage AM Dr. Flasbarth: Management der Gasnetzstilllegung in Lübeck
Vorlage: VO/2025/14764

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.5 Antwort auf ergänzende Anfrage von AM Fürter: Biomethan-Nutzung in Gasnetzen
Vorlage: VO/2025/14766

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.6 Antwort auf mündl. Anfrage des AM Andreas Zander (CDU) zum Sachstand der Ausschreibung für Stadtmöblierung
Vorlage: VO/2025/14675

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3.7 AM Andreas Zander (CDU): Ahndung von Verstößen im Passwesen
Vorlage: VO/2026/14803

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 3.8 Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereichs Soziale Sicherung

Vorlage: VO/2025/14792

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**zu 3.9 Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Rentabilität und Auslastung Parkhaus Godewindpark
Vorlage: VO/2026/14848**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 3.10 Tim Stüttgen: Nutzung des Corporate Designs der Stadt
Vorlage: VO/2026/14851**

Der Bürgermeister teilt mit, dass der fragliche Umstand durch die von BM Stüttgen gestellte Anfrage bekannt geworden sei. Aus Sicht der HL gelte es kein Einvernehmen herzustellen, da es sich um jeweils eigenständige Corporate Designs handele. Bestimmte Stilelemente (z. B. ein rotes Dreieck) würden von zahlreichen Organisationen genutzt. Darüber hinaus verwerde die HL grundsätzlich einen anderen Rotton als die SPD-Lübeck bzw. die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft. Vor diesem Hintergrund sehe die HL im Zusammenhang mit der Verwendung von ähnlichen, aber nicht identischen Farben und Formen durch die örtliche SPD keinen Handlungsbedarf.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.11 Tim Stüttgen: Brandschutz Ratskeller
Vorlage: VO/2026/14852**

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich brandschutztechnische Fragen im Zusammenhang mit dem Ratskeller aktuell nicht stellen, weil derzeit statische Arbeiten im direkten räumlichen Umfeld im Rathaus stattfänden. In den Räumlichkeiten des Ratskellers seien Sicherungselemente für die darüber liegenden Ebenen installiert worden (z. B. Stützen). Das Ziel der Wiedereröffnung des Ratskellers bleibe (im Anschluss an die Sanierungsarbeiten) jedoch bestehen. Sollte erneut ein Gastronomiebetrieb die Räumlichkeiten beziehen, habe man bereits ein genehmigtes Brandschutzkonzept. Sollte eine anderweitige Nutzung erfolgen sollen, müsse ein entsprechend angepasstes Konzept erarbeitet werden.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.12 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Rathausempfängen
Vorlage: VO/2026/14850**

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.13 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Lötsch: Termin der Fertigstellung der aktuellen Sanierungsarbeiten im Rathaus

AM Lötsch möchte wissen, ob es bereits einen Termin für die Fertigstellung der aktuellen Sanierungsarbeiten im Rathaus gebe.

Der Bürgermeister erklärt, dass es derzeit keinen voraussichtlichen Fertigstellungstermin gebe. Es sei jedoch damit zu rechnen, dass vor 2027 keine bedeutenden Fortschritte erreicht werden, da der zweite Teil der Sanierung noch ausstehe.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.14 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Verwaltungsinterne Zuständigkeiten in Sachen Wohnraumschutzgesetz

AM Dr. Flasbarth spricht das im Juni 2024 verabschiedete Wohnraumschutzgesetz des Landes an. Man habe vernommen, dass die diesbezüglichen Zuständigkeiten innerhalb der städtischen Verwaltung noch immer nicht geklärt seien. Er möchte wissen, wann die Zuständigkeiten geklärt würden und warum dies bislang nicht passiert sei.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass es sich dabei um keine gesetzliche Pflichtaufgabe handele und die Bürgerschaft im Rahmen des Haushalts 2026 beschlossen habe, keine neuen freiwilligen Aufgaben zu übernehmen. An diesen Beschluss halte man sich.

Hierzu sprechen AM Lötsch und AM Dr. Flasbarth, der darauf hinweist, dass die Bürgerschaft lediglich beschlossen habe, kein neues Personal für neue freiwillige Leistungen zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister widerspricht dieser Aussage und möchte die entsprechende Passage des Haushaltsbegleitbeschlusses [2025/14306-01-01] zu Protokoll genommen haben.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

Der Bürgermeister reicht zu Protokoll nach:

Auszug aus dem Haushaltsbegleitbeschluss 2025/14306-01-01:

*„1) Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen wird auf 4.367 (Stellenstand 2025) festgesetzt. Der Bürgermeister ist befugt, mit der Haushaltsvorlage angemeldete Stellenmehrbedarfe durch Stellenverlagerungen ohne Stellenplanausweitung zu erwirtschaften (die Umsetzung der Stellenverlagerung gehört zum Geschäft der laufenden Verwaltung gemäß § 65 GO-SH). **Stellen, die der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben dienen, sind prioritär zu besetzen.** [...]“ (S. 1).*

*„8) **Neue Projekte und Förderungen werden im Laufe des Haushaltsjahres nur begonnen, wenn an anderer Stelle des betroffenen Fachbereichsbudgets ein zusätzliches Einsparvolumen in gleicher Höhe erreicht wird.** [...]“ (S. 4).*

Erläuterungen:

Das vorhandene Personal ist mit der Erfüllung der gesetzlichen und der bereits übernommenen freiwilligen Aufgaben ausgelastet bzw. in Teilen kann die Verwaltung bereits heute den gesetzlichen Ansprüchen nicht mehr zeitgerecht nachkommen. Darüber hat die Bürgerschaft festgelegt, Stellen zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben vorrangig zu besetzen. Da es gesetzliche Aufgaben gibt, die die HL bereits jetzt schon nicht mehr zu 100 Prozent sachgerecht erfüllen kann, verhindert die beschlossene Regelung erst Recht, dass das Thema Wohnraumschutz angegangen werden kann.

Beim Wohnraumschutz handelt es sich um ein neues Projekt, das die HL bisher nicht hatte. Der Beschluss verbietet es, neue Projekte zu beginnen, ohne eine gleichwertige Kompensation zu haben. Die Fachbereichsbudgets sind mit der vorhandenen Aufgabenstellung zur Kompensation weiterer gesetzlicher Vorgaben (u.a. Datenschutz, Zivile Verteidigung, Jugendamt, Soziale Sicherung usw.) bereits ausgereizt, sodass das derzeit das erforderliche gleichgroße Einsparvolumen nicht gefunden werden kann. Die Politik müsste ggf. die Prioritätensetzung neu beschließen, um den Wohnraumschutz als freiwillige, neue Aufgabe finanziell abzubilden. Im Übrigen war der Bürgermeister auch aufgrund der sich in 2024/2025 bereits abzeichnenden schweren Finanzkrise im Rahmen der Haushaltssteuerung angehalten, die Ausgaben auf das gesetzliche Maß zu reduzieren.

zu 3.15 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Kollision von Terminen der Treffen der Fraktionsvorsitzenden und Terminen der Fraktionssitzungen der Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

AM Dr. Flasbarth spricht die vier Mal jährlich stattfindenden Treffen der Fraktionsvorsitzenden an und berichtet davon, dass zwei der vorgeschlagenen Termine mit den Fraktionssitzungen von Bündnis 90 / Die Grünen kollidieren würden. Auf Nachfrage sei mitgeteilt worden, dass eine Verschiebung der Termine nicht möglich sei. Er möchte wissen, weshalb es nicht möglich sei, Termine zu finden, die nicht mit anderen Veranstaltungen kollidieren.

AM Lötsch äußert sich dahingehend, dass das Büro der Bürgerschaft eine Abfrage bei den Fraktionen starten könnte, um Terminkollisionen einvernehmlich für alle zu beseitigen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dies erfolgt sei und es den mehrheitlichen Wunsch gegeben habe, die Termine so zu belassen.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.16 NEU: Mündl. Nachfrage des AM Dr. Flasbarth: Sachstände zu den mit dem Haushalt 2026 beschlossenen Arbeitsgruppen

AM Dr. Flasbarth spricht die mit dem Haushalt 2026 beschlossenen Arbeitsgruppen an. Er möchte den diesbezüglichen Sachstand und die Zeitplanung wissen.

Der Bürgermeister erklärt, dass man noch nicht von allen Fraktion entsprechende personelle Rückmeldungen erhalten habe. Auf Nachzügler werden man nun nicht mehr länger warten, sodass in der nächsten Zeit die Einladungen zu den Auftaktsitzungen verschickt würden. Die Arbeitsgruppe zu den Alternativstandorten der OZD werde etwas später mit ihren Sitzungen beginnen, weil man zunächst die verschiedenen Standorte abprüfe und die Ergebnisse abwarte.

Der Hauptausschuss nimmt die Nachfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025
Vorlage: VO/2025/14724**

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 4.1.1.

Es sprechen teils mehrfach AM Schulte-Ostermann, Senatorin Steinrücke, AM Siegenbrink, Senatorin Hagen und AM Dr. Flasbarth.

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, ob die im Bericht als nicht durchführbar bezeichnete und gleichzeitig bürgerschaftlich für den Haushalt 2026 erneut beschlossene Maßnahme des Adrenalinparks Kücknitz (Maßnahme Nr. 30 in Anlage 2) sich nun in Bearbeitung befindet und ob ausreichend Personal dafür zur Verfügung stehe.

Die Verwaltung sagt zu, eine Antwort nachzureichen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.1.1 3. Quartalsbericht zum Haushalt 2025 - aktualisierte Anlage 2 Stand 08.12.2025
Vorlage: VO/2025/14724-01**

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 4.1 (siehe Niederschrift zu TOP 4.1).

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.2 Umsetzung der Haushaltsbegleitbeschlüsse 2026
Vorlage: VO/2026/14808**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 4.3 Bericht zum interfraktionellen Antrag: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-
Hospitals als Alten- und Pflegeheim
Vorlage: VO/2023/11920-02**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.4 Masterplan Klimaschutz (MAKS) - 1. Monitoringbericht

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, was die Verwaltung in Anbetracht dessen konkret zu tun gedenke, dass die Zielerreichung für 2035 stärkere Einsparungen an Emissionen als bisher erfordern werde.

Senatorin Frank teilt für den Fachbereich 3 mit, eine Antwort nachzureichen.

AM Dr. Flasbarth stellt einen Vertagungsantrag und stellt drei weitere Fragen: Er möchte wissen, was die einzelnen Maßnahmen der zu priorisierenden Gesamtmaßnahme „Ü_Stadtverwaltung“ sein würden und wie der Zeitplan zur Umsetzung aussehe. Außerdem möchte er wissen, wie die aktuellen Sachstände zur Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks und zur Wärmeversorgung der Verwaltung aussähen.

Der Bürgermeister sagt zu, zu diesen Fragen in der nächsten Sitzung zu berichten.

AM Fürter betont, dass der Bericht zeige, dass ein großer Teil der Emissionen nicht in unmittelbarer Verantwortung der HL entstehe. Die HL habe auf viele Emissionen schlichtweg keinen Einfluss. Die HL habe für sich beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Im Rahmen anderslautender europa-, bundes- und landesrechtlicher Regelungen könne ein Emissionsausstoß aber auch länger erlaubt sein. Er möchte wissen, wie die HL konzeptionell mit dieser Herausforderung von unterschiedlichen Klimazielen auf unterschiedlichen Handlungsebenen umzugehen gedenke.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Beratung des Berichts.

**zu 4.5 Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement
Vorlage: VO/2025/14168**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Bestellung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: VO/2025/14735**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

Herr Nino Zarbock wird gem. § 115 Abs. 2 GO zum 01.02.2026 zum Rechnungsprüfer bestellt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.2 Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der öffentlichen Aufgaben der Wasserversorgung (nebst Löschwasserversorgung) für den Lübecker Ortsteil Krummesse von der Hansestadt Lübeck auf die Gemeinde Krummesse
Vorlage: VO/2025/14635**

Es sprechen teils mehrfach AM Fürter, der Bürgermeister und Herr Uhlig.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

Der Bürgermeister wird beauftragt die beiliegende Änderungsvereinbarung mit der Gemeinde Krummesse und dem Wasserbeschaffungsverband Kastorf zu schließen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.3 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung Lübeck zur Förderung des HanseKulturFestival 2026 (05. - 07.06.2026) i. H. von 450.000,00 €
Vorlage: VO/2025/14708**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

Die Förderung der Possehl-Stiftung i. H. v. 450.000,00 € für die Durchführung des HanseKulturFestivals 2026 wird angenommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.4 Teilnahme am Bundesförderprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" mit dem Projekt "Sport- und Bürgerpark Neuhof".
Vorlage: VO/2025/14728-01**

Es sprechen Senatorin Frank und Frau Schellbach.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, am Interessenbekundungsverfahren des Bundesförderprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ mit dem Projekt „Sport- und Bürgerpark Neuhof“ teilzunehmen.
2. Im Falle einer positiven Berücksichtigung des Projektes ist dem Fördermittelgeber im Rahmen des formalen Antragsverfahrens im Frühjahr 2026 ein Beschluss der Bürgerschaft zur Gesamtfinanzierung einschließlich der Finanzierung des Eigenanteils vorzulegen.
3. Der Bürgermeister wird hierbei die haushaltsmäßige Ordnung herstellen, und Drittmittel zur Sicherstellung des Eigenanteils einwerben.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.5 Erneute Austauschvorlage VO/2026/14820 zur Austauschvorlage

VO/2025/14778 zu VO/2025/14534 Wirtschaftsplan 2026 für die Lübecker Schwimmbäder
Vorlage: VO/2026/14820

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

Der Wirtschaftsplan 2026 für die Lübecker Schwimmbäder wird in der Fassung der Anlage 1 gemäß § 5, Abs.1, Nr.5 der Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

1. Es betragen		2026
	1.1 im Erfolgsplan	T €
	die Erträge	3.116
	die Aufwendungen	8.524
	das Jahresergebnis (von HL auszugleichen)	-5.408
	1.2 im Vermögensplan	
	die Einzahlungen	1.899
	die Auszahlungen	1.899
2. Es werden festgesetzt		
	2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen auf	274
	2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	3.224
	2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	1.200

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.6 Preistarif I für die Lübecker Schwimmbäder ab 01.03.2026
Vorlage: VO/2025/14775

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 5.6.1.

AM Schulte-Ostermann führt aus, weshalb sie eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 47 f GO im Zusammenhang mit der in der Vorlage angegebenen Begründung dennoch für zwingend erforderlich halte. Insofern erläutert sie zugleich ihre Anfrage unter TOP 5.6.1. Sie beantragt, die Beratung der Vorlage zu vertagen, bis die Beteiligung nach § 47 f GO nachgeholt worden sei.

Es sprechen teils mehrfach Senatorin Frank, AM Dr. Flasbarth, AM Schulte-Ostermann und AM Fürter.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der § 47 f GO seines Wissens nach (auch durch das zuständige Landesministerium) nicht derart weit ausgelegt werde, wie es AM Schulte-Ostermann tue. Er schlägt vor, das Thema des Preistarifs in der heutigen Sitzung grundsätzlich zu behandeln und gemeinsam mit dem Ministerium prüfen zu lassen, wie weit bzw. wie eng der § 47 f GO in einem Fall wie dem Vorliegenden auszulegen sei.

Es sprechen anschließend AM Akyurt, erneut Senatorin Frank und erneut AM Schulte-Ostermann.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

1 Ja-Stimme / 14 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Der Hauptausschuss lehnt die Vertagung mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Der Preistarif für die Lübecker Schwimmbäder für öffentliches Schwimmen und Schwimmkurse (Anlage 1) wird beschlossen.

2. Zur Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschluss der Bürgerschaft (VO/2025/14306-01-01), den Preistarif für alle zwei Jahre gemäß der Inflationsrate anzupassen, wird der Bürgermeister ermächtigt, erstmalig zum 01.01.2028 und nachfolgend alle 2 Jahre eine (in der Preisgestaltung auf volle 10 Cent gerundete) Erhöhung der Preise für Öffentliches Schwimmen und Schwimmkurse um 5 % vorzunehmen. Dem Werkausschuss der Lübecker Schwimmbäder ist hierüber zu berichten. Sollte die dabei zugrunde gelegte durchschnittliche jährliche Inflationsrate von 2,5% tatsächlich deutlich höher (größer 3%) oder niedriger (kleiner 2%) ausfallen, ist der Bürgerschaft eine daran angepasste Beschlussvorlage zur Preisgestaltung vorzulegen.

3. Die Lübecker Schwimmbäder werden ermächtigt, die Preise für sämtliche Kursangebote mit Ausnahme der Kurse zum Schwimmenlernen und zur Wassergewöhnung in eigener Verantwortung wirtschaftlich zu kalkulieren sowie anzupassen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.6.1 AM Juleka Schulte-Ostermann: Fehlende Kinder- und Jugendbeteiligung bei Gestaltung Preistarif für die Lübecker Schwimmbäder VO/2026/14775
Vorlage: VO/2026/14834**

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 5.6 (siehe Niederschrift zu TOP 5.6).

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**zu 5.7 Preistarif II für die Lübecker Schwimmbäder ab 01.03.2026
Vorlage: VO/2026/14800**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Die Entgelte für das Schulschwimmen in den Lübecker Schwimmbädern werden auf Grundlage einer Vollkostenrechnung neu festgesetzt.
2. Die Bahnmieten für das Schulschwimmen werden zukünftig im Rahmen der Vollkostendeckung jährlich auf Basis des letzten festgestellten Jahresabschlusses (ab Jahresabschluss 2025) neu kalkuliert und angepasst.
3. Der Preistarif 2 für das Schulschwimmen wird in der Fassung der Anlage 2 beschlossen und zum 01.03.2026 in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.8 Freigabe zur Besetzung von Stellen für Heilpädagog:innen und Assisten:innen im Bereich Städtische Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VO/2025/14769**

Es sprechen AM Fürter, der darum bittet, in zukünftigen Vorlagen dieser Art das jeweils entstehende Saldo näher zu erläutern, Senatorin Frank und Frau Schellbach.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Freigabe zur Besetzung von 4 Stellen für Heilpädagog:innen und 5 Stellen für Assistent:innen im Bereich Städtische Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage des Haushaltbegleitbeschlusses 2025/14306-01-01.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die stellenplanmäßige Ordnung herzustellen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.9 Freigabe zur Besetzung von zwei neuen Stellen (VZÄ) in der Schulsozialarbeit gemäß Haushaltbegleitbeschlusses 2025/14306-01-01
Vorlage: VO/2025/14774**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Freigabe zur befristeten Besetzung von zwei neuen Stellen (VZÄ) in der Schulsozialarbeit im Bereich Schule & Sport auf der Grundlage des Haushaltbegleitbeschlusses 2025/14306-01-01.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die stellenplanmäßige Ordnung herzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

zu 5.10 Freigabe zur Besetzung einer Perspektivfachkraft bei den städtischen Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VO/2025/14777

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Freigabe zur befristeten Besetzung einer neuen Stelle (100 % VZÄ) als Perspektiv-Fachkraft im Bereich Städtische Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage des Haushaltbegleitbeschlusses 2025/14306-01-01.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die stellenplanmäßige Ordnung herzustellen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.11 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 5.11.1.

AM Lötsch schlägt vor, in der Fassung des Bauausschusses über die Beschlussvorlage abzustimmen. Dies bedeute eine Streichung der drei vorhandenen Beschlusspunkte sowie einen Beschluss des Antrages unter TOP 5.11.1.

AM Petereit kündigt für die Bürgerschaftssitzung einen Antrag der SPD-Fraktion an.

Anderweitig wird dem Vorschlag von AM Lötsch nicht widersprochen.

Der Vorsitzende lässt zusammen über die Annahme des Antrages unter TOP 5.11.1 und die Empfehlung der entsprechend geänderten Beschlussvorlage an die Bürgerschaft abstimmen:

Geänderte Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft nimmt das Kleingartenentwicklungskonzept 2025 zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister,

- ~~1. die im Kleingartenkonzept dargestellten Flächenkonzepte für die (Teil-)Umnutzung der Anlagen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans bauleitplanerisch umzusetzen.~~
- ~~2. die im Kleingartenkonzept aufgeführten Potenzialflächen zur Neuanlage von Kleingärten im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans bauleitplanerisch umzusetzen.~~
- ~~3. den Kreisverband bei der Einrichtung einer Stelle für eine Bürokräft zu unterstützen.~~

1. Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans werden die heute bestehenden Anlagen und Flächen für Kleingärten als Kleingartenanlagen bauleitplanerisch umgesetzt, es sei denn eine Widmung als Baufläche ist vom jeweiligen betroffenen Kleingartenverein gewünscht und aus Sicht der Stadt sinnvoll. Eine Unterteilung und Etikettierung der Anlagen nach unterschiedlichen Graden der Zukunftsfähigkeit findet dabei nicht statt.

2. Es sind keine Potentialflächen für die Neuanlage von weiteren Kleingartenanlagen bauleitplanerisch umzusetzen.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Freiraumentwicklungsplan unverzüglich vorzulegen. Über das Kleingartenentwicklungskonzept und den Freiraumentwicklungsplan wird eine öffentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen geführt, um deren Ideen und Vorstellungen für die Grün- und Freiraumentwicklung in Lübeck bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans einzubringen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
mehrheitlich die Annahme der geänderten Beschlussvorlage.***

**zu 5.11.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu VO/2025/14057 Kleingartenentwicklungskonzept Hansestadt Lübeck 2025
Vorlage: VO/2025/14057-04**

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 5.11 (siehe Niederschrift zu TOP 5.11).

Antrag:

- 1. Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans werden die heute bestehenden Anlagen und Flächen für Kleingärten als Kleingartenanlagen bauleitplanerisch umgesetzt, es sei denn eine Widmung als Baufläche ist vom jeweiligen betroffenen Kleingartenverein gewünscht und aus Sicht der Stadt sinnvoll. Eine Unterteilung und Etikettierung der Anlagen nach unterschiedlichen Graden der Zukunftsfähigkeit findet dabei nicht statt.*

higkeit findet dabei nicht statt.

2. Es sind keine Potentialflächen für die Neuanlage von weiteren Kleingartenanlagen bauleitplanerisch umzusetzen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Freiraumentwicklungsplan unverzüglich vorzulegen. Über das Kleingartenentwicklungskonzept und den Freiraumentwicklungsplan wird eine öffentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen geführt, um deren Ideen und Vorstellungen für die Grün- und Freiraumentwicklung in Lübeck bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans einzubringen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich an.

zu 5.12 Erhaltungsstrategie Fahrbahnen
Vorlage: VO/2025/14616

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 5.13 Abschluss der planerischen Vorbereitung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme "Nord-West" und Ausstieg aus der weiterführenden Teilnahme am Städtebauförderungsprogramm
Vorlage: VO/2025/14646

Es sprechen AM Petereit und AM Löttsch.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung:

1. Der Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen (VU) und das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (IEK) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen und bildet die konzeptionelle Grundlage für eine künftige Gebietsentwicklung.
2. Die Hansestadt Lübeck beteiligt sich mit der Gesamtmaßnahme „Nord-West“ aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen im Förderwesen nicht weiter an der Städtebauförderung.

3. Die Hansestadt Lübeck prüft die Aufstellung einer städtebaulichen Rahmenplanung für räumliche Teilbereiche insbesondere auf der Roddenkoppel und am Wallhafen, um planerische Voraussetzungen für weiterführende Förderprogrammbeiträge und Einzelmaßnahmen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.14 Wohnungsmarktstrategie Lübeck
Vorlage: VO/2025/14628**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.15 Bebauungsplan 32.26.00 - Helldahl/Leegerwall - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2025/14752**

AM Lötsch schlägt vor, in der Fassung des Bauausschusses über die Beschlussvorlage abzustimmen.

Seinem Vorschlag wird seitens der Ausschussmitglieder nicht widersprochen.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Geänderte Beschlussempfehlung:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 32.26.00 – Helldahl/Leegerwall – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 32.26.00 – Helldahl/Leegerwall – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die Regelungen zur Höhenbeschränkungen von Wärmepumpen werden aus den Festsetzungen gestrichen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der geänderten Beschlussvorlage.

zu 5.16 Austauschvorlage zu "Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Baturbo)" unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Bauausschusses und des Umweltausschusses. Vorlage: VO/2025/14760-01

AM Lötisch schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiterzugeben.

Es sprechen Senatorin Hagen, AM Dr. Flasbarth und AM Zahn.

Der Vorsitzende lässt über die Weitergabe ohne Votum abstimmen:

15 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft überträgt die Entscheidungszuständigkeit über die gemäß § 36a BauGB für das Zulassen von Abweichungen und Befreiungen nach § 31 Abs. 3, § 34

Abs. 3b und § 246e BauGB erforderliche Zustimmung der Gemeinde an den Bauausschuss. Hierzu wird die Zuständigkeitsordnung gemäß Anlage 1 geändert.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Auswirkungen der Neuordnung der Zuständigkeiten gemäß Beschlusspunkt 1 auf die Verwaltung und auf die Genehmigungspraxis der Bauaufsicht zu evaluieren und der Bürgerschaft bei Vorliegen hinreichender Erfahrungen aus der Anwendungspraxis darüber zu berichten sowie darauf aufbauend ggf. einen Vorschlag zur Neuordnung der Zuständigkeiten einzubringen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Hauptausschuss gibt die Beschlussvorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.

**zu 5.17 Projektfreigabe Grundüberholung Kinderspielplatz Schenkendorfstraße
Vorlage: VO/2025/14772**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.18 Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel/Holstentorplatz - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2025/14331**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität
Vorlage: VO/2025/14000-01**

Die Beratung dieser Angelegenheit wird vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 6.2 AfD: Antrag zur Nutzung von gendergerechter Sprache durch die Stadtverwaltung Lübeck
Vorlage: VO/2025/14720**

Auszug aus der Niederschrift zu TOP 1:

Zu der Angelegenheit unter TOP 6.2 wirft der Vorsitzende die Frage auf, ob der Hauptausschuss überhaupt zuständig sei.

Herr Ziemann führt aus, dass die politischen Gremien keine Zuständigkeit besäßen, weil die Gestaltung des behördlichen Schriftverkehrs unzweifelhaft unter die Organisationshoheit des Bürgermeisters nach § 65 Absatz 1 GO falle. Insofern könnten die Gremien in dieser Frage keine für den Bürgermeister verbindlichen Vorgaben machen. Die Bürgerschaft könne sich allenfalls unverbindlich zu einer derartigen Thematik positionieren.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich der Hauptausschuss in Bezug auf die Angelegenheit unter TOP 6.2 für unzuständig erklären möge.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen:

14 Ja-Stimmen / 1 Nein-Stimme / 0 Enthaltungen

Der Hauptausschuss erklärt sich bzgl. der Angelegenheit unter TOP 6.2 für unzuständig.

Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Handlungsanweisungen aus dem im Dezember 2019 vorgestellten „Leitfaden für gendersensible Sprache bei der Hansestadt Lübeck“ in Zukunft nicht mehr als Grundlage für die interne und externe Kommunikation zu benutzen. Gendersternchen, Gender-Gap (Unterstrich; Doppelpunkt) und Binnen-I werden in den Schreiben und in den Texten auf digitalen Medien der Stadt in Zukunft nicht mehr genutzt.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AT: AM Christopher Lötsch (CDU), AM Dr. Axel Flasbarth (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Thorsten Fürter (FDP): Erreichung der Lübecker Klimaziele
Vorlage: VO/2026/14810-01**

Es sprechen teils mehrfach AM Dr. Flasbarth, AM Lötsch und AM Zahn.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Antrag:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, folgendes zu beschließen:

Am 27.06.2024 hatte die Bürgerschaft beschlossen, dass bis September 2024 berichtet werden soll, welche bisherigen Kosten zur Herstellung der Klimaneutralität 2035 der Verwaltung und städtischen Unternehmen bekannt sind, wie diese finanziert werden sollen und ob der Finanzbedarf durch Drittmittel gedeckt werden kann.

In der Hauptausschusssitzung am 25.11.2025 hat es eine erste Teilantwort (VO/2025/14522-01) gegeben. Aus ihr geht hervor, dass die Kosten nicht seriös zu beziffern sind und viele Faktoren nicht bekannt, bzw. nicht reguliert sind. Lediglich die Grundstücksgesellschaft TRAVE mbH hat Kosten beziffert. Teil der Antwort war eine Stellungnahme der Stadtwerke Lübeck Gruppe, die eine Zielsetzung bis 2040 beinhaltete.

Eine ähnlich gelagerte Anfrage zur Erreichung des bereits am 25.06.2020 von der Lübecker Bürgerschaft beschlossenen Ziels, die Treibhausgasemissionen in Lübeck bis 2030 um 50% gegenüber dem Basisjahr 2019 zu reduzieren, wurde am 12.03.2024 gestellt. Die am 08.07.2025 gegebene Teilantwort benannte weder notwendige Maßnahmen noch Investitionen noch Kosten.

Mit Blick auf die o.g. Teilantworten der Verwaltung wird der Bürgermeister aufgefordert, bis spätestens zur Bürgerschaftssitzung im März 2026 eine umfassende, belastbare und nachvollziehbare Gesamtstrategie vorzulegen, aus der hervorgeht,

- *wie jede einzelne städtische Gesellschaft die o.a. Klimaziele erreichen kann, welche Investitionen hierfür erforderlich sind und mit welchen Gesamtkosten kalkuliert wird,*
- *wie die Verwaltung die o.a. Klimaziele erreichen kann, welche Investitionen hierfür erforderlich sind und mit welchen Gesamtkosten kalkuliert wird,*
- *welche Finanzierungsquellen hierfür vorgesehen sind und in welchem Umfang Risiken für den städtischen Haushalt entstehen,*
- *welche finanziellen Auswirkungen haben die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt,*
- *in welchem Umfang ist mit steigenden oder fallenden Gebühren, Abgaben, Mieten, Energiepreisen oder sonstigen Kostenbelastungen zu rechnen,*
- *welche Verpflichtungen, Einschränkungen oder Umstellungen kommen auf Bürgerinnen und Bürger sowie auf lokale Unternehmen zu.*

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich, einen Beschluss im Sinne des obigen Antragstextes zu fassen.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Digitalisierung

Es liegt nichts vor.

zu 10 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 11 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:46 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 17 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil schließt der Vorsitzende um 17:52 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 10. Februar 2026

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Tim Landschof
Protokollführung